

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1931**

245 (22.10.1931)



### Die Unterredung Severing-Groener

Aus Berlin wird uns geschrieben:  
Der Reichsminister des Innern, der gleichzeitig Reichswehrminister ist, hatte am Dienstag mit dem preussischen Minister des Innern eine längere Aussprache über zahlreiche zwischen dem Reich und Preußen schwebende Fragen. Der Besprechung wohnten die Staatssekretäre der beiden Minister und Generalleutnant von Schleicher bei, der im Reichswehrministerium die Geschäfte eines Staatssekretärs vertritt.  
Die Anwesenheit des Generalleutnants von Schleicher hat einen Teil der Presse zu Kombinationen veranlaßt, die schon insofern irrig sind, als außer von Schleicher auch der Staatssekretär des Reichsinnenministeriums und des preussischen Innenministeriums bei der Besprechung zwischen Groener und Severing zugegen waren. Die Unterredung bezog sich auf bestimmte Fragen, an denen die Reichswehr, das preussische Innenministerium und das Reichsinnenministerium gleich stark interessiert sind. Nur daraus erklärt sich, wie das in ähnlichen Fällen bisher immer üblich war, daß auch Generalleutnant von Schleicher hinzugezogen wurde. Alle anderen Behauptungen, und insbesondere die, daß die Anwesenheit von Schleicher keinen anderen Zweck verfolgte, als den Einfluß der „Kürogeneräle im Reichsinnenministerium“ zu stärken, sind nach unseren Informationen völlig abwegig.  
Im Zusammenhang mit den Besprechungen zwischen Groener und Severing wird auch davon gesprochen, daß im Reichsinnenministerium größere Personalveränderungen geplant sind. Auch davon ist in der Unterredung Groener-Severing mit feinem Wort die Rede gewesen, wie es überhaupt scheint, als ob Personalveränderungen im Reichsministerium des Innern, mindestens zunächst, nicht in der Absicht des Reichsministers Groener liegen. Immerhin glauben wir, daß es an der Zeit wäre, den Harzburger und Ministerialrat Lammer, der ausgerechnet Referent für Verfassungsfragen ist, schnellstens an die Luft zu setzen. In einer Regierung, die sich parlamentarisch auf die Sozialdemokratie stützt, haben nur republikanisch-zuverlässige Beamte und keine Harzburger etwas zu suchen. Jedenfalls werden wir alle Personalveränderungen, wo sie auch vorgenommen werden, hauptsächlich nach vorstehenden Gesichtspunkten beurteilen. Daß verfassungstreue Beamte etwa abgebaut und Harzburger im Amte verbleiben, wird die Sozialdemokratie niemals dulden.

**Derwilderter Bandeplünderer-Konsumverein in Essen**  
Essen, 21. Okt. Gestern Abend drang eine Bande von 40 Mann in eine Filiale des Konsumvereins „Selbsthilfe“ im Vorort Vorbeck ein, nachdem sie die Eingangstür zertrümmert hatten. Sie entwendeten Lebensmittel aller Art. Was die Plünderer nicht mitnehmen konnten, wurde von ihnen vernichtet. Sie warfen Eier gegen die Wand, zertraten Lebensmittel und schütteten dann unter den Ruf „Heil Hitler“. Es ist festgestellt, daß es sich um Leute handelt, die vorher an einer kommunistischen Demonstration teilgenommen hatten.  
Der Vorfall zeigt drastisch die Verwilderung unter dem Einfluß der radikalen Hege.

### Anklage wegen Leningrader Streik

Riel, 21. Okt. Die Rückkehr der deutschen Handelschiffe, auf denen in russischen Häfen ein wilder Streik ausgebrochen war, steht kurz bevor. In Holstenau dem ersten deutschen Hafen, den die Schiffe berühren, ist bereits eine Schnellöffengericht zusammengesetzt, dem alle von der Schiffsleitung genannten Besatzungsmitglieder unverzüglich vorgeführt werden sollen.

### Die Gemeinden und die Finanzlage

Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände hielt eine Besprechung über die kommunale Finanzlage ab. Der Präsident, des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, ging aus von dem ungeheuren Fehlbetrag der Gemeinden und Gemeindeverbände nach der Zahlungsstille im Juli d. J., den man für das Rechnungsjahr 1931/32 auf 800 Millionen Mark berechnet habe. Die Gemeinden haben auf dem Wege der Selbsthilfe eine rücksichtslose Drosselung aller Ausgaben eingeleitet und allen Gebieten kommunaler Arbeit schwerkste Opfer auferlegt. Die Reichsregierung hat durch die Notverordnung vom 6. Oktober einen Betrag von 170 Millionen für die Gemeinden und Gemeindeverbände bereitgestellt, die mit den durch die Notverordnung vom 3. Juni gegebenen 60 Millionen eine wesentliche Entlastung herbeiführen sollte. Es stellte sich aber jetzt heraus, daß die von der Reichsregierung beabsichtigte Hilfe keineswegs eingetreten ist. Denn die Reichsregierung habe eine Reihe eigener Maßnahmen beschlossen oder durch andere Organe durchführen lassen, die die Gemeinden aufs neue schwer belasten und die Reichsbilanz illusorisch machen. Diese neuen Belastungen werden auf folgenden Gebieten gesehen: In der durch die Reichsanstalt eingeführten Kürzung der Unterstützungsbauer für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, durch die den Gemeinden eine Neubelastung von rund 30 Millionen Mark auferlegt wird, in der Möglichkeit für die Länder, die Landesbeiträge zurückzunehmen, wodurch den Gemeinden eine Mehrausgabe von mindestens 70 Millionen Reichsmark erwächst, im weiteren Ansteigen der Wohlfahrts-erwerblosen, das voraussichtlich 40 Millionen Reichsmark erfordert, im Rückgang der Gemeindeeinnahmen aus Ueberweisungen und eigenen Steuern, der nach dem heutigen Stand der Dinge allein für die Ueberweisungensteuern 140 Millionen Reichsmark beitragen dürfte und in der Nichtbefolgung des vorgeschlagenen Leistungsabbaues in der sogenannten gehobenen Fürsorge, durch die die Gemeinden mit der erwarteten Ersparnis von etwa 25 Millionen Reichsmark in diesem Winterhalbjahr nicht rechnen können.  
Die Gemeinden und Gemeindeverbände erwarten auf das bestimmteste die zugesagte Entlastung ihrer Finanzen, die nur vom Reich aus geschehen kann.  
Die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden immer wieder geforderte Zusammenlegung der Reisenfürsorge und der Wohlfahrts-erwerblosenfürsorge zu einer einheitlichen Reichsarbeitslosenfürsorge würde die Verwaltung wesentlich vereinfachen und nennenswerte Ersparnisse erzielen. Die immer stärker wachsenden Schwierigkeiten erfordern eine vorbehaltslos Zusammenarbeiten von Reich, Ländern und Gemeinden.

### Erhöhung der Hochschulgebühren in Preußen

Das preussische Kultusministerium hat in diesen Tagen einen Erlaß an die Hochschulen herausgegeben, der für die Studenten eine beträchtliche Gebührenerhöhung verfügt. Schon für das beginnende Wintersemester wird die Studiengebühr von 35 auf 100 Mark heraufgesetzt. Die Aufnahmegebühr, die bisher bei der ersten Immatrikulation 25 Mark und beim Uebergang auf eine andere Hochschule 15 Mark betrug, wird künftig einheitlich auf 30 Mark festgesetzt. Ueberdies nimmt der Staat einen weiteren Anteil an den Kollegialern der Professoren für sich in Anspruch. Zu dem bisherigen Abzugsverfahren, das nach der Höhe der Kollegialer-Einnahme gestaltet war, kommt für alle planmäßigen Professoren eine allgemeine Kürzung von 20 v. H. hinzu.

# Im Lande des Bürgerkriegs

Es gibt in Deutschland ein Ländchen von rund 500 000 Einwohnern: Braunschweig. Dank dem Hasse, der das Bürgertum gegenüber der Arbeiterschaft erfüllt, hat dieses Land einen nationalsozialistischen Innenminister. Unter seinem Regime ist Braunschweig aus dem allgemeinen deutschen Rechtszustand herausgelöst. Dort weilt der Innenminister auf das Recht. Man regiert nach den Methoden faschistischer Willkür. Dort werden republikanische Organisationen mit faschistischer Boosheitspolitik behandelt, ihre öffentlichen Kundgebungen werden unterdrückt. Dafür spreizen sich lässig auf den Straßen die uniformierten Bürgerkriegstruppen des Herrn Hitler. Frech, jederzeit zu Gewalttaten bereit, provozierend gegenüber der Arbeiterschaft. In diesem Ländchen wird ausprobiert, was der Faschismus bedeutet, und die Arbeiter von Braunschweig sind die Leidtragenden.  
Der Innenminister dieses Landes ist Herr Klages, der aus seiner Beamtenvergangenheit als ein geschäftiger Feind der Republik und ihrer Verfassung bekannt ist. Dieser Mann begünstigt das Treiben der Faschisten. Er handhabt die Notverordnungen parteiisch. Er benutzt sie, um den uniformierten Bürgerkriegstruppen des Herrn Hitler die Herrschaft über die Straße zu geben, während selbst Arbeiterkindern verboten ist, sich geschlossen auf der Straße zu zeigen. Dieser Mann setzt fort, was sein Vorgänger Franzen begonnen hat, die systematische Zurücksetzung der Polizei hinter die Willkürherrschaft der hitlerischen Bürgerkriegstruppen.  
Dieser Mann hat den Aufmarsch der hitlerischen Bürgerkriegstruppen am vergangenen Sonntag gestattet. Er hat in der Uniform dieser Bürgerkriegstruppen daran teilgenommen. Er ist selbst Augenzeuge gewesen, wie die Soldaten seiner Parteigänger auf das brutale über Arbeiterwohnungen hergefallen sind, und er hat nichts unternommen, um diesen systematischen terroristischen Ueberfall mit allen Mitteln zu unterdrücken! Augenzeugenberichte stellen vielmehr fest, daß er selbst höheren Polizeibeamten in den Arm gefaßt hat, als sie der Annäherung von hitlerischen Bürgerkriegstruppen entzogen wollten, die in Braunschweig Polizei gespielt haben.

Dieser Mann trägt die Schuld daran, daß die Unruhen, die am Sonntag in Braunschweig eingeleitet haben, das Gesicht des offenen Bürgerkriegs tragen. Dieser Mann behält die Stirn, der Öffentlichkeit und dem Reichsinnenministerium mitzuteilen, daß in Braunschweig eigentlich nichts geschehen sei. Aber die Toten und die Schwerverletzten lassen sich nicht absaugen, und nicht verborgen! Die Augenzeugenberichte sprechen deutlicher als alle amtlichen braunschweigischen Abrechnungsversuche, diese Augenzeugenberichte sind nicht auf die sozialdemokratische Presse beschränkt. Selbst der Preßdienst der Deutschen Volkspartei stellt das provokatorische Auftreten von hitlerischen Bürgerkriegstruppen in immer wiederholten organisatorischen kriegerischen

Sturmangriffen auf Arbeiterwohnviertel fest. Dieser Bericht zeigt, daß unter dem Regime dieses Mannes, Klages, in Braunschweig das offene Faustrecht der hitlerischen Bürgerkriegstruppen herrscht hat.  
Niemand wird glauben, daß die deutsche Arbeiterschaft, und daß vor allem die Sozialdemokratische Partei diesem Rechtsbruch und den blutigen Terror gegen die braunschweigische Arbeiterschaft schweigend und duldsam zusehen wird. Die Empörung über die braunschweigischen Zustände ist täglich im Wachsen. Die Arbeiterschaft sieht, daß dort ein Mann Innenminister ist, der die schwerste Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, daß sich als Minister für den Bürgerkrieg bewährt hat.

Das Reichsinnenministerium und mit ihm die gesamte Reichsregierung steht hier vor einer Frage, über deren Ernst sie sich nicht täuschen darf. Die republikanischen Organisationen von Braunschweig haben sich vor dem Unheil an die Regierung um Hilfe gewandt. Trotz dieser Hilfeleistungen konnten die Bürgerkriegsbanden Hitlers ungehindert ihren blutigen Terror in Braunschweig üben. Jetzt kommt zu diesem Terror der öffentlichen Macht und Willkür. Die Arbeiterschaft und vor allem die Sozialdemokratische Partei blickt auf das Reichsinnenministerium und ermahnt von ihm energische Maßnahmen!

### Sozialdemokratische Zeitung verboten

Braunschweig, 21. Okt. (Eig. Draht). Am Mittwoch hat der braunschweigische Naziminister Klages zu einem Schluß gegen den sozialdemokratischen Volksfreund ausgesucht, indem er ihn wegen der Berichterstattung und der Kritik an den Vorfällen des letzten Samstags und Sonntags auf acht Wochen verboten hat. Von dem Verbot, das sich auf die Notverordnungen des Reichspräsidenten gegen politische Ausdrucksformen stützt, werden auch sämtliche Kopieblätter des Volksfreundes getroffen.  
Der Verbot des von dem braunschweigischen Naziminister Klages auf 8 Wochen verbotenen Volksfreund hat gegen das Verbot sofort Beschwerde eingelegt. Die Beschwerde geht zunächst an den Naziminister, der ihr selbstverständlich nicht entsprechen wird, und sie deshalb innerhalb fünf Tagen an das Reichsinnenministerium des Innern weiterleiten muß. Daß die Reichsregierung dem Verbot vollinhaltlich beitreten wird, dürfte selbst Herr Klages nicht annehmen haben. Die Begründung seiner Maßnahmen ist so wenig haltbar, und dazu so einseitig, daß wir aus diesen und anderen vorläufig nicht zur Veröffentlichung reifen Gründen die sofortige Aufhebung des Verbots fordern. In diesem Falle wird Herr Klages für den Schaden haftbar gemacht werden. Zuvor wird es sich natürlich, wie es sein Recht ist, an das Reichsgericht gegen die Entschädigung des Reiches wenden.



Du sagst:  
wenn er  
billiger  
wäre!

Ab 1. November 1931 kostet der Volksfreund monatlich nur 2.20 Jetzt bestelle ihn!

### Arbeitszeitverkürzung der Münchener Brauindustrie

München, 21. Okt. (Eig. Draht). Die Münchener Brauindustrie hat mit ihrer Arbeiter- und Angestelltenchaft eine Arbeitszeitverkürzung vereinbart. Für die Angestellten wurde die Arbeitszeit auf 44 Stunden, und für die Arbeiter durch die Umwandlung des Mittwoch in einen Feiertag auf 40 Stunden herabgesetzt.  
Die Arbeitszeitverkürzung, die bereits in Kraft ist, wurde verursacht durch den Rückgang des Bierkonsums auf rund 30 Prozent.

### Der Lübecker Kindersterbe-Prozess

Lübeck, 21. Okt. Im Laufe der Verhandlung fragte der Vorsitzende den Professor Klotz, was es mit der Feindschaft zwischen ihm und Professor Deude auf sich habe. Professor Klotz erklärte eine solche Behauptung für unrichtig.  
Im Verlauf der weiteren Vernehmung erwähnte Dr. Klotz noch, daß in einer Sitzung des Gesundheitsamtes, in der man über die Einführung des Calmette-Verfahrens gesprochen habe, zunächst nur der Vorschlag gemacht worden sei, Kinder aus tuberkulösen Müttern zu füttern. Aber sei keine amtliche Mitteilung gemacht worden, daß man die Säuglinge füttern sollte.

### Die Nazis auf dem Bauernfang

Das offene Einwirken Hitlers in die Front der industriellen und agrarischen Reaktion gegen die Arbeiterschaft hat eine Vorgeschichte, die ihren Ausgangspunkt von einer Reihe Konferenzen der Nazis auf dem Bauernfang im April ds. Js. in München nahm. Der vergangenen Woche aus der Hitlerpartei ausgetretene, mehrjährige Hilfsreferent bei der Reichsanlei, Freiherr v. Red, teilt darüber interessante Einzelheiten mit:  
Auf dieser Reichskonferenz erklärte Hitler am 27. April, daß man den Mob der Städte niemals gewinnen könne und darum den Kampf auf das Land hinaustragen müsse. Diese Auffassung bildete dann tags darauf den Inhalt des Hauptreferats, das der neue Leiter der agrarpolitischen Abteilung der Nazis, Diplomat Volkswirt Darré, vor den versammelten Gauleitern hielt. Darré führte aus: Die nationalsozialistische Partei sei zwar als Arbeiterpartei gegründet worden, doch sei die Erfassung der Arbeiterpartei vorzuziehen. Das Lumpenproletariat sei überhaupt nicht für die Partei zu begeistern. Die gegenwärtige Anhängerschaft bestimme vornehmlich aus unzufriedenen Elementen, die man mit Propagandamethoden sehr leicht gewinnen könne. Es sei aber die Gefahr gegeben, daß man diese Leute ebenso rasch wieder verliere. Auf Sozialisten sei überhaupt kein Verlaß, und deshalb müsse die Propaganda der Partei auf das Land hinausgetragen werden. Dort sei zwar schwerer Boden zu beackern, aber die Erfahrungen lehre, daß Menschen umso fester an etwas festhalten, je hartnäckiger der ursprüngliche dem Neuen geleistete Protest in Erscheinung getreten sei. Der deutsche Bauer müsse das Rückgrat der Partei werden.  
Die erste Folgerung aus dieser geheim betriebenen Programmumkehr den ersten Erfolg, als die Spekulation auf den Arbeiter im wesentlichen gescheitert war, bildete die Herausgabe einer Nazis-Bauernzeitung, die nationalsozialistische Landpost, zu deren Leitenden Hitler den agrarischen Sachverständigen, Dr. Nationalsozialismus wies entweder den deutschen Bauern erobert oder er wird überhaupt nicht sein.“ Es hielt also abzuwarten, ob die Diktator mit dieser neuen demagogischen Spekulation ein besseres Geschäft machen. Gelang es ihnen in nennenswertem Umfang, dann werden sie schließlich daran gehen müssen, ihre schwindelhaften Forderungen als Arbeiterpartei endlich zum alten Eisen zu werfen. Der Saubereit in der deutschen Politik könnte das nur zum Vorteil gereichen.

### Das Hin und Her im Mandchurenkonflikt

Der Vertreter Chinas hat Brand die Forderungen seines Landes zum mandchurischen Konflikt überreicht. China verlangt hierdurch sofortige Räumung der besetzten Gebiete durch Japan, und Einstellung einer neutralen Beobachterkommission und Bildung einer unabhängigen Schiedskommission für alle künftigen Streitigkeiten im der Mandchurei.  
Die mandchurischen Banken haben ihre Schalter wieder geöffnet, unterliegen aber einschränkenden Vorschriften der japanischen Militärbehörden.  
Reuters meldet aus Tokio, daß nördlich von Mukden an der mandchurischen Bahn neue Kämpfe zwischen chinesischen Soldaten und einer japanischen Garnison im Gange seien.

### Englische Reichswährung?

Einer der Direktoren der Bank von England, Sir Basil Blackett, trat in einer Rede für die Schaffung einer einheitlichen europäischen Reichswährung ein.

### Ein Italiener in Frankreich als Spion verhaftet

Paris, 21. Okt. Die französische Polizei hat gestern in Lyon einen Italiener namens Bartolo Lofelli verhaftet, der sich während der französischen Invasion in der Abwesenheit aufgehalten und sich für militärische Dinge interessiert haben soll.

### Rückland für Nützlichkeitsfeier

Die Sommerregierung erklärte sich bereit, einem Nützlichkeitsfeierjahr zuzustimmen, wenn alle anderen Staaten auf gleicher Grundlage analoge Erklärungen abgeben.





### Partei-Nachrichten

#### Seydewitz gegen Seydewitz

In dem Organ der Deutschen Friedensgesellschaft, Das andere Deutschland, vom 25. Oktober 1930, war in einem Artikel, der sich mit dem Beschlusse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion befaßte, der zum erstenmal die Tolerierung der Regierung Brüning ausgesprochen, wörtlich das Folgende zu lesen:

„Was wäre geworden, wenn die Regierung Brüning zu Fall gebracht worden wäre? ... Das Stürzen einer Regierung hat nur dann einen Sinn, wenn eine nach Ansicht der Opposition bessere Regierung aus Mader kommt. Wenn nur Personen wechseln, aber das System doch zu 95 Prozent das alte bleibt, wird an den Regierungshandlungen wenig abgeändert, wohl aber nur die Parteien in Mitleidenschaft gebracht, die nunmehr die Verantwortung für die Regierung übernehmen haben.“

„Diesmal lagen die Dinge bei der Frage des Regierungssturses noch viel einfacher und viel schlimmer. Ziel die Regierung Brüning. So kam nicht einmal eine „Große Koalition“ mit Einschluß der Sozialdemokratie in Frage, da dafür ja keine Mehrheit aufzubringen gewesen wäre. War die Regierung Brüning durch die Annahme des Misstrauensvotums unmöglich gemacht, so gab es nur zwei Coenualitäten: entweder verhängte Diktatur dieser Regierung oder eine Regierung der Rechten unter Führung der Straßer, Goebbels, Hugenberg und Döberlein-Januschew. Beide Wege hätten höchstwahrscheinlich zum Bürgerkrieg und zum Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft geführt.“

„Aber auch die Bildung einer Rechtsregierung unter der Führung der Nazis und Hugenbergianer wäre eine Katastrophe. Kein Mensch weiß, welcher Tugenden und Provokationen eine solche Regierung auf dem politischen Gebiet fähig wäre. ... Wohl aber würden sie (die Nationalsozialisten) mit deren Zustimmung (Agrarier und Schwerindustrie) nach dem Wehrministerium und dem Ministerium des Innern greifen, um die Machtmittel der Reichswehr und der Polizei restlos in ihren Besitz zu bringen. Der Endkampf zwischen Demokratie und Faschismus wäre dann unausweichbar.“

„Wer diese Lage nur etwas gründlicher durchdenkt, wird es beargwöhnen, daß die Sozialdemokratie trotz aller Bedenken gegen die Regierung Brüning in ihrer Politik sich nicht zum Sturz dieser Regierung entschließen konnte.“

Diese Betrachtung über die Taktik der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war richtig und treffend. Aber nun dürfte es doch auch interessieren, auch den Verfasser dieser verknüpflichen Betrachtungen kennenzulernen: er heißt Ströbel, ist Reichstagsabgeordneter und gehört jetzt zur Gruppe Rosenfeld-Seydewitz. 1931, und das gar noch nach der Harzburger Tagung, soll es nun falls oder gar „Verrat an der Arbeiterklasse“ sein, wenn die Reichstagsfraktion der SPD. gegenüber dem Kabinett Brüning die gleiche Haltung einnimmt, aus Erkenntnis nicht nur der gleichen, sondern noch ganz erheblicher Gefahren heraus, die vor genau einem Jahre Herr Ströbel veranlaßt haben, die Taktik der Reichstagsfraktion gutzuheißen. So schlagen die Seydewitz selber die Seydewitz tot.

#### Tolerierungs- und Verständigungspolitik

Dieser Tage sprach der französische Sozialistenführer Grumbach in einer Parteiversammlung der SPD. Düsseldorf über die deutsch-französische Verständigung. In seiner Rede führte Genosse Grumbach u. a. aus:

„Wir wissen, daß die deutsche Sozialdemokratie sich ganz klar darüber ist, in welche Gefahren sie sich durch ihre Politik der Tolerierung be gibt, wie sehr sie die kommunistische und hitlerianische Demagogie dadurch erleichtert und daß darf sie überzeugt davon sein, daß die gesamte Internationale, daß alle Arbeiter der Welt, die sozialistisch denken und fühlen, daß vor allem Frankreichs Arbeiter, Frankreichs Sozialisten, Frankreichs demokratische Republikaner, d. h. gerade diejenigen Schichten unserer Bevölkerung, die am ehesten und offensten auf die deutsch-französische Verständigung hinarbeiten, der deutschen Sozialdemokratischen Partei dafür sehr dankbar sind, daß sie auch in den letzten Tagen wieder das Gesinnen der für den Frieden Europas und für die Wiedergelundung Deutschlands so gefährlichen Harzburger Pläne dadurch verhinderte, indem sie der gegenwärtigen Regierung ihre Existenzmöglichkeit sicherte, ungeachtet allen kommunistischen und böstlichen Geheißes.“

#### Fort mit den Spaltpilzen

SPD Frankfurt a. M., 21. Okt. (Eig. Drabt.) Als Spitzenkandidat zu den besitzigen Landtagswahlen stellte die „Landeskonferenz“ der Spalter den Redakteur Ohlo auf. Als Ohlo nominiert wurde, war er noch Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, und Mitglied der Redaktion der Mainzer Volkszeitung. Am Montag wurde Ohlo freilich entlassen, da er gegen seine Redaktions-Kollegen tötlich vorgegangen war. Jetzt fordert Ohlo zum Eintritt in die Spalterpartei auf.

Die geringe Zahl von 16 Austritten aus dem sozialdemokratischen Verein in Mainz beweist, daß die Arbeiterklasse das schäbische Doppelspiel der Spalter ablehnt. Außer Ohlo ist inzwischen noch einem anderen Spalter das Handwerk gelegt worden. Der sozialdemokratische Provinziallandtagsabgeordnete Schwieg aus Oberursel bei Frankfurt, der als Vorsitzender des sozialdemokratischen

## Die Siedlungspläne

### Saafen als Siedlungskommissar ernannt

Berlin, 21. Okt. (Eig. Drabt.) Der Reichspräsident hat den Regierungspräsidenten in Trier, Saafen, zum Reichskommissar für die Erwerbsloseniedlungen bestellt. Saafen behält sein Amt als Regierungspräsident bei. Er ist Mitglied der Zentrumspartei.

Wir hoffen, daß mit dieser Ernennung die neulich aufgeworfene Frage der Erwerbsloseniedlungen den notwendigen Fortschritt nimmt. Bis jetzt hat man sich darauf beschränkt, gewissermaßen nur das Stichwort zu liefern. Wie man sich in der Reichsregierung die Verwirklichung dieser Idee denkt, darüber ist so gut wie gar nichts bekannt. Im besten Falle wird es sich darum handeln, den Arbeitslosen Grund und Boden am Rande der Großstadt und die nötigen Materialien zur Bearbeitung desselben kostenlos zur Verfügung zu stellen. Diesen Gedanken kann man bejahen. Im Grunde genommen gewinnt man damit dem Kleingarten ein neues Gesicht ab und man kann nur bedauern, daß man nicht schon früher etwas getan hat, um die Kleingartenbewegung zu verallgemeinern. Man hätte so unsere ganze soziale Struktur gegen die fürchterliche Krise widerstandsfähiger gemacht. Während des Krieges hat man an einem ähnlichen Versuch gearbeitet, indem man Parzellen von Kartoffel- und Gemüseanbau zur Verfügung gestellt hat. Man hat damit gerade keine schlechten Erfolge erzielt. Es war sicherlich ein Fehler, daß man nach dem Kriege gute Anfänge so gut wie völlig vernachlässigte.

Während der gegenwärtigen Krise wurde der Gedanke der Arbeitsloseniedlung öfters diskutiert und man hat dabei vielfach so getan, als könne man damit die Probleme der Wirtschaftskrise und des Arbeitsmarktes lösen. Das ist selbstverständlich Unfug. Man tut gut, sich von vornherein über die Möglichkeiten einer solchen Aktion klar zu werden, um Irrtümer zu vermeiden und Enttäuschungen nicht aufkommen zu lassen.

Der Arbeitslose, den man an der Peripherie der Großstadt ansiedeln will, wird immer Industriearbeiter bleiben. Darauf muß die Aktion, wenn sie Sinn und Aussicht auf Erfolg haben soll, abgestellt werden. Der Betrieb in der Kleingarteniedlung an der Peripherie der Großstädte ist eine zufällige Veriorang im Arbeitslosenhaushalt. Dabei wird der arbeitslose Kleingärtner, wenn man ihm auch Grund und Boden und die Aufbaumaterialien kostenlos zur Verfügung stellt, immer noch zusätzliche Investitionen (Dünger, Pflanzens, Sträucher, Samen usw.) vornehmen müssen. Allein diese

Unterbezirks noch vor wenigen Tagen flammende Aufrufe gegen die Spalter mit keinem Namen untergeschrieben hatte, wurde durch einen glücklichen Zufall beim Vertrieb des Organs der Spalter erwürgt. Als er sein Spiel, in der Sozialdemokratie gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten, durchschaut sah, erklärte er seinen Austritt.

### Die verunglückten Spalter



„Lauter Kernholz, nichts herunterzukriegen und wir bieten ihn für morsch.“

#### Gegenstoß in Braunschweig

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Otto Weis, spricht am Samstag in der Braunschweiger Stadthalle über die politische Lage. Die Versammlung wird von allen republikanischen Organisationen der Stadt Braunschweig veranstaltet.

Investitionen werden im ersten Jahr den Ertrag bei weitem überwiegen, so daß man ihnen unter die Arme greifen und helfen muß. Der Wert der Arbeitsloseniedlung liegt vor allem auf psychologischen Gebiet. Die ganze Aktion muß den Sinn haben, durch den Garten und durch die Natur wieder zur Lebensfreude zu kommen. Vielen guten und gesunden Gedanken soll man durch finanzielle Kalkulationen, die zu nichts führen können, nicht anfränkeln. Man wird abwarten müssen, wie die Pläne der Regierung ausfallen.

### Treppanus über die Kleinsiedlungen

BRB. Berlin, 21. Okt. Reichsminister Treppanus behandelte heute in einem Kundfunkvortrag das Problem der Erwerbsloseniedlung, das in der letzten Vortragsordnung niedergelegt worden ist. Der Minister sagte, daß beim Einsetzen in diese Kleinsiedlungen in erster Linie langfristige Erwerbslose, linderreiche Erwerbslose und solche bevorzugt werden sollen, die gewisse Erfahrungen in Schrebergärten oder in der Landwirtschaft gesammelt haben. Man denke im allgemeinen an die Zuteilung von Landflächen in Größe von einem Viertel bis zwei Morgen. Für Miete dürfe man von einem Erwerbslosen und Kurzarbeiter nicht mehr als monatlich 50 RM. (111) erwarten. Die Unterfügungen aus der Krisenfürsorge oder der Arbeitslosenversicherung sollen bis zum Ende nächsten Jahres in alter Höhe vorgegeben werden, um bis zum Beginn tatsächlicher Nahrung aus der eigenen Scholle eine gewisse Lebensgrundlage zu überwinden. Das Reich habe nicht die Absicht, jedem Siedler sofort ein fertiges Haus hinaufstellen, sondern es sollen langfristige künftige, niedrig verzinsliche Darlehen in Höhe von etwa 1800 bis 2000 RM. gegeben werden. Für die Beschaffung von Land sollte auf keinen Fall bares Geld ausgeben werden. Man rechnet auch mit eigenen Mitteln der Siedler mit Hilfe durch Verwandte und mit fremden Geldern. Der Siedler solle arundfänglich die Kaufanwartschaft nach etwa zweijähriger ordnungsmäßiger Bewirtschaftung erhalten, wobei eine Rente und Tilgung vorgezogen werde. Jeder Erwerbslose habe die Möglichkeit, für die Zukunft mit dem sicheren Erwerb einer Stelle zu rechnen. Der Selbsthilfe und dem Erfindungsgeist der einzelnen Kolonisten sollen möglichst weiter Spielraum gegeben werden. Dazu seien eine Venderbung der haupolizeilichen Bestimmungen und überhaup die Abschaffung bürokratischer Hemmnungen erforderlich. Leider habe man damit zu rechnen, daß die strukturelle Arbeitslosigkeit noch eine lange Zeit dauern werde. Es seien keine Mittel unverfügt bleiben, den seelisch niedergedrückten Erwerbslosen zu helfen. Das berechtige zu dem Wagnis, in größter finanzieller Bedrängnis Millionen von Steuergebern an das Problem der Heimiedlung von Zehntausenden von Erwerbslosen zu wenden.

### Gewerkschaftliches

#### Eine Vereinbarung in der oberbayerischen Metallindustrie

\* Freiburg i. Br., 21. Okt. Im Lohnstreit in der oberbayerischen Metallindustrie (Handelskammerbezirk Freiburg und Schopfheim) wurden heute vor dem Schlichter eine Vereinbarung getroffen. Danach bleibt der bisherige Manteltarif bis zum Ablauf eines neuen Manteltarifs in Kraft. Außerdem tritt eine 5-prozentige Lohnsenkung ein (bisheriger Spitzenlohn 81 Pfennig). Die Vereinbarung hat Gültigkeit bis zum 31. Dezember dieses Jahres.

### Gemeindepolitik

#### So geht die Sparerei nicht

Der Deutsche Städtetag hat in seinem Finanz- und Wirtschaftsprogramm bei seinen Sparvor schlägen auch allgemeine Einschränkungen des Berufsschulwesens gefordert. Dagegen wird man in dieser Notzeit nicht viel einwenden können. Schärfter Protest muß jedoch dagegen erhoben werden, daß diese Sparvor schläge die Hausangestellten in ihrer Berufsausbildung unter ein Sonderrecht stellen wollen. Gefordert wird ausdrücklich die Herausnahme der Hausangestellten aus der Berufsschulpflicht.

Warum sollen die jugendlichen Hausangestellten schlechter behandelt werden als die übrigen Gruppen der wertvollen Jugend? Die Hausangestellten standen bis vor wenigen Jahren in bezug auf ihren Arbeitsvertrag unter einer ungerechten Ausnahmehandlung (Gefährdungen!). Ebenio ist ihre Berufsausbildung erst in den allerletzten Jahren von den Berufs- und Fachschulen des Staates in Angriff genommen worden. Bisher ist nur für einen ganz kleinen Teil der Hausangestellten eine der Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Fabrikarbeiter gleichwertige Berufsausbildung durchgeführt worden. Sollen nun ausgerechnet beim Abbau die Letzten die Ersten werden?

Correspondent: Georg Schoplin Verantwortlich: Politik, Prellstat Baden, Volkswirtschaft aus aller Welt, letzte Nachrichten, G. Gräbebaum Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei Rhein badische Chronik, Aus Mittelsachsen Durchsicht, Gewerkschaft, Freizeitsport, Die Welt der Frau, Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Auskünfte: Josef Eitel, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Fräcker, Eilmilch wohnhaft in Karlsruhe in Baden Druck und Verlag: Verlagsbuchhandlung, Volkshfreund G.m.b.H., Karlsruhe

die begehrten Modifarben

**Mantelstoffe  
Kleiderstoffe  
Seidenstoffe  
Kleidersamte**

**Braun  
und Grün**

**in größter Auswahl  
in besonders schönen Geweben  
und jeder Preislage**

**Leipheimer  
& Mende**

**bieten Bestes billigst!**







### Kleine bad. Chronik

#### Dem Brender das Auge ausgeschossen

Wiesloch, 21. Okt. Die beiden Söhne des Werkmeisters Franz Brender von der Dell- und Wiegengasse spielten mit Bogenschützen. Dabei traf der 9 Jahre alte Sohn den vierjährigen Bruder mit einem Pfeil ins Auge. Der Junge mußte ins Heidelberger Krankenhaus gebracht werden; er wird wahrscheinlich das Auge einbüßen.

#### Bewußtlos aufgefunden und gestorben

Kirchh., Amt Vörsach, 22. Okt. Ein älterer unbekannter Mann wurde gestern im Rheinortland bewußtlos aufgefunden. Man verbrachte den Unbekannten ins Krankenhaus nach Vörsach, wo er heute morgen gestorben ist. Bis jetzt konnte man keine Personalien nicht feststellen. Der Verstorbene soll sich schon mehrere Tage am Rhein aufgefunden haben und ist vielleicht der Kälte und dem Hunger zum Opfer gefallen.

#### Kind überfahren

D3. Kronau (Amt Benshof), 21. Okt. Ein Motorradfahrer aus Minolsheim überfuhr das fünfjährige Kind des Schneidersmeisters Beiter, das schwere Verletzungen erlitt.

#### Aus dem Zuge gestürzt und getötet

Seidelberg, 21. Okt. Ein nicht ganz angelegter Unfall trat sich Dienstag abend auf der Bahnstrecke Heidelberg-Wiesloch zu. Unweit der Bahnstation St. Ilgen fürzte der 63 Jahre alte Ludwig Kusch aus Waldorf aus dem um 19.30 Uhr in Seidelberg abgehenden Personenzug und starb gleich darauf an den Verletzungen, die er dabei erlitten hat. Nach den Mitteilungen des einzigen Augenzeugen im Abteil, eines Eisenbahners, hatte Kusch offenbar zum Abort gehen wollen und dabei die Türe verwechselt.

Rnielinger Schweinemarkt vom 21. Oktober. Zufuhr: 118 Milchschweine. Preise: 10-15 Mark pro Paar. Handel: Mittel. Nächster Markt am Mittwoch, den 28. Oktober.

Sammerleinsbach, Amt Neustadt i. Schw. Der 24 Jahre alte Schneider Hermann Mai, der seit längerer Zeit arbeitslos war, hat sich aus Verzweiflung darüber erschossen.

Wohl, Amt Emmendingen. Der 10 Jahre alte Otto Ziffer spielte mit einer Sprengpatrone. Diese explodierte, zerriß dem Knaben die linke Hand und verletzte ihn im Gesicht. Er mußte in die Chirurg. Universitätsklinik Freiburg verbracht werden.

Glottental. Beim Wespelstecher stürzte der Bruder des Kappmachers-Bauers Christian Kapp von Ohrensbach von einem Baum und blieb tot liegen. Da das Unglück erst später bemerkt wurde, weiß man nicht, wie es sich ereignete.

Kollman. Als der Bäcker Gebert Schüler die Nachricht vom Tode seines Schwagers, des in Gundeßingen verunglückten Schuldieners Schweizer aus Waldhof, erhielt, erschraf er so, daß er einen Herzschlag erlitt und tot umfiel.

Walsdorf des Deutschen Reichs-Auto-Clubs. Die Ortsgruppen Frankfurt, Darmstadt, Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart des Deutschen Reichs-Auto-Clubs e. V. veranstalten am kommenden Sonntag, 25. Oktober 1931 unter Führung der Ortsgruppe Frankfurt/Main eine Weinfahrt in die Pfalz. Die Fahrt geht über Darmstadt, Mannheim, Dürkheim nach Wachenheim. Hier wird um 13 Uhr das Mittagessen eingenommen. In Wachenheim ist u. a. die Befichtigung eines Weingutes und einer Kellerei vorzusehen.

### Aus dem Gerichtssaal

#### Fahrraddieb

Im Karlsruhe, 20. Okt. Der 21 Jahre alte Zimmergeselle Karl Sendor aus Salztendorf (Schleswig-Holstein) hatte am Abend des 3. Juni hier auf dem Weidplatz das Fahrrad eines Mechanikers aus der Hübnerstraße schräge Fahrrad entwendet. Am Tage nach dem Diebstahl wurde das Rad auf dem Bahnhof Durlach nach Salztendorf ausgegeben. Durch Zufall gelang es den polizeilichen Ermittlungen, das Rad wieder zu beschaffen und seinem Eigentümer auszuliefern. Der des Diebstahls verdächtige S. versuchte sich durch alle möglichen Ausreden reinzuwaschen. Zunächst behauptete er, das Rad von einer phantastischen Gräfin als Arbeitslohn für landwirtschaftliche Arbeiten auf deren Gut erhalten zu haben. Dann gab er an, er habe das Rad für 15 M. und gegen Vergabe von Werkzeug von einem Kollegen auf der Landstraße zwischen Karlsruhe und Durlach gekauft. Um sein Alibi nachzuweisen, änderte er in seinem Wanderbuch die Daten in sehr auffälliger Weise, um darzutun, als wäre er zur Zeit des Diebstahls nicht in Karlsruhe, sondern an anderen Orten gewesen. Schließlich legte er eine — offenbar von ihm selbst angefertigte — Selbsteinweisung über den Kauf des Rades von dem Handwerksburschen vor. Der Einschlichter schenkte diesen Angaben keinen Glauben und verurteilte den Angeklagten wegen Diebstahl und Urkundenfälschung zu 2 1/2 Monaten Gefängnis.

#### Ein alter Sünder findet Gnade

Im Karlsruhe, 21. Okt. Vor dem Schöffengericht steht der 61 Jahre alte Fuhrmann Friedrich M. aus Märisch. Wieder einmal! Der Bester ist er früher nicht. Sein Vorstrafenregister erreicht die stattliche Ziffer 44. Er kennt das Gefängnis und das Suchtbus

von innen. Was ihm heute zur Last gelegt wird, ist des Strafmaßes wegen folgendes, da der Angeklagte rückfällig ist. Er hat in der Schwarzwalddstraße eine Baubütte aufgeschoben und darin nichts gefunden, darauf eine zweite Bütte geöffnet und daraus einen Maurerzettel nebst Metermaß entwendet. Gezielte Diebstahlstraft für jeden Fall ein Jahr Gefängnis.

Der Vorsitzende und der offenbar reumütige Angeklagte teilen sich in die Verteidigung, so daß die Besuche in den beiden Bauhütten ein anderes Gesicht bekommen: Er kam von einer Treppe nach der Landesbaupolizei, hungrig, frierend, ohne Geld, ohne Bleibe. Er ging — der Vorsitzende und der Angeklagte sind sich darüber einig — in die erste Bütte, um darin zu nächtigen. Leider fand sich hierzu nicht genug Platz von lauter Baumaterialien, also suchte er sich in der nächsten Baubütte ein Quartier. Da es kalt war in der Septembernacht, zog er unter seinen faden-scheinigen grünen Kittel einen blauen Maurerzettel, der gerade da hing an; in der Tasche des Metermaß hat, hat er erst später bemerkt.

Daß der geschändeten Verteidigung des Angeklagten" begann der Staatsanwalt lächelnd sein Plädoyer und beantragte nur sieben Monate.

Der Angeklagte meint, man könnte etwas gelinder verfahren. Der Vorsitzende zählt ihm an den Fingern vor: „Jetzt haben wir Oktober, November, Dezember, Januar, Februar — März. Dann ist Frühling und Sie brauchen nicht mehr zu frieren.“

Das Gericht läßt dem alten Sünder Milde widerfahren, würdigend, daß er ein armer Teufel ist und aus Not handelte. Lediglich wegen Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und einfachen Diebstahls im Rückfall erhielt er sechs Monate Gefängnis. Die Unterhaftungsdauer seit 16. September wird angerechnet. Der Angeklagte ist mit dieser Strafe zufrieden. Weniger hätte er kaum erwarten dürfen. Im März winken Frühling und Freiheit!

Im Karlsruhe, 21. Okt. Wegen gefährlicher Körperverletzung vor der Schenke Heinrich Steiger aus Diedelsheim zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Aus nichtiger Ursache war er auf einer Bankette in Diedelsheim bei Bruchhof mit einem Händler in Streit geraten, der in Tätlichkeiten ausartete, in deren Verlauf er dem Händler mit einer Saute auf den Kopf schlug. Der Händler wurde erheblich verletzt. Nur einem glücklichen Zufall war es zu danken, daß er mit dem Leben davonkam. Als bleibende Folge der Mißhandlung stellte sich ein Sprachfehler ein. Die Karlsruher Strafkammer verurteilt die Verurteilung des Angeklagten.

### Ein ganz leichtsinniges Bürschchen

nannte der Vorsitzende des Schöffengerichts den 19jährigen Maurerlehrling August M. aus Durlach-Mine, der wegen Diebstahls und Betrugs auf der Anklagebank lag. Dem Elternhaus den Rücken kehrend, mißte er sich bei einer Frau in Durlach ein, der er eine gefälschte Arbeitsbescheinigung vorlegte, und verschwand schließlich purloin unter Zurücklassung der Mietschuld in Höhe von 34 M. Er ließ sich von einem Bekannten einen Mantel im Werte von 70 M., um ihn bei einem Althändler für 3 M. zu veräußern. Dann stahl er nacheinander in Karlsruhe und auswärts vier Fahrräder, die er nach kurzer Benutzung stehen ließ oder verkaufte; eines verkaufte er für 2 M. und vier Karanienmögel — die Bögel ließ er liegen. In einem anderen Falle ließ er 30 M. ein andermal eine Taigehühre mitgehen; letztere hat er irgendwo weggeworfen. Trotzdem er erst kürzlich wegen Diebstahls verurteilt wurde, hat er sich nicht abhalten lassen, seine verderblichen Streiche fortzusetzen. Der Vorsitzende kündigte ihm an, daß er, wenn er nicht bald umkehre, die nächsten sechs Jahre hinter Gittern zu verbringen habe. Der Angeklagte erklärte, er wolle sich in die Heimatsmauern verdingen lassen. Der Vorsitzende verbot ihm, die Heimatsmauern zu verlassen, bis er sich als ehrlicher Mensch erwiesen hat. Der Angeklagte erklärte, er wolle sich in die Heimatsmauern verdingen lassen. Der Vorsitzende verbot ihm, die Heimatsmauern zu verlassen, bis er sich als ehrlicher Mensch erwiesen hat. Der Angeklagte erklärte, er wolle sich in die Heimatsmauern verdingen lassen. Der Vorsitzende verbot ihm, die Heimatsmauern zu verlassen, bis er sich als ehrlicher Mensch erwiesen hat.

### Soziale Rundschau

#### Was sagt der Gewerkschaftsbund der Angestellten dazu?

Der GdA hat sich durch die Gründung der gemeinnützigen Bau- und Siedlungs-Aktiengesellschaft „Seimat“ in die Wohnungs-wirtschaft eingeklinkt, um in Verbindung mit der Reichsvereins-samstag in erster Linie für seine Mitglieder preiswerte Wohnungen zu erstellen. Auch an der Dammertodfiedlung beteiligt er sich.

Bei einer solchen Gründung sollte man nun annehmen, daß durch ein solches Vorhaben, das nur der Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses eines bedürftigen Kreises dienen soll, auch alle die Sicherungen geübt werden, die notwendig sind, um den Charakter der Gemeinnützigkeit nicht zu verlieren.

Nicht man zum Beispiel das Verbot, das in Mannheim — wahrscheinlich auch an anderen Orten — ausgeschrieben wurde, um Wohnungsbesitzer zu finden, in muß der Unbekannte ohne weiteres zum Glauben kommen, daß er ohne Risiko und ohne irgend- weiche Verluste und Schädigungen sich der „Seimat“ anschließen kann. Es heißt so:

„Verlorene Baukostenzuschüsse werden nicht verlangt. Dagegen ist eine altentgeltliche Beteiligung (Eigentumsbeteiligung) der Mieter erforderlich. Der Mieter soll hierdurch, genau wie es bei einer Genossenschaft üblich ist, Mitbestimmungen am Gesamt- wert unterer Vermögens und damit in eine engere Verbindung mit dem Schicksal unserer Gesellschaft gebracht werden. Diese Eigentumsbeteiligung entspricht also völlig den Geschäftsanteilen der gemeinnützigen Genossenschaften.“

Der Hinweis auf die Genossenschaften und die damit versprochene Gleichstellung der „Seimat“-Mitglieder mit den Mitgliedern einer Genossenschaft legt der Seimat selbstverständlich gewisse Verpflichtungen auf, die sie als bloße Aktiengesellschaft natürlich nicht hätte. Dieser Hinweis veranlaßt sehr viele Angelegten zum Unschluß, weil sie glauben, andere Sicherheiten zu haben wie als Teilhaber an einer bloßen Aktiengesellschaft.

Die „Seimat“ konnte ein solches Versprechen auch geben; denn sie wollte ihrer inneren Natur nach gar keine Aktiengesellschaft, sondern eine Genossenschaft sein. Die Aktiengesellschaft war nur die Form, die sich die „Seimat“ gab und geben mußte, um in ihrer zentralen Wirksamkeit und Wirkungsmöglichkeit nicht gebremst zu sein.

Dieses Versprechen muß die „Seimat“ aber auch halten. Sie darf unter keinen Umständen, wenn sie nicht alles Vertrauen einbüßen will, die Form zum Inhalt machen und eine nach privatrechtlichen Grundsätzen geleitete Bauunternehmung werden.

Und das wird die „Seimat“ in dem Augenblick, in dem sie 1. in irgendeiner Form verlorene Baukostenzuschüsse verlangt oder 2. Wohnungen ohne Aktienbeteiligung vermietet. Tut sie das, dann verwandelt sie bewußt die ausgegebenen Aktien in verlorene Baukostenzuschüsse, und all die Angestellten, die Mieter bei der „Seimat“ sind, können ihre Aktien zum Belieben der Wände benutzen.

Die Gleichstellung mit den Mitgliedern einer Genossenschaft stand scheinbar überhaupt nur auf dem Papier; denn zu sagen hatten die Mieter nichts, und eine Mißlichkeit, ihre Aktien ähnlich wie Geschäftsanteile loszusprechen, wenn sie austraten, hatten sie auch nicht. Bei jeder Genossenschaft kann man seinen Anteil kündigen und erhält ihn auch nach einer bestimmten Zeit zurück. Bei der „Seimat“ kann man auch austraten, man kann auch seine Aktien verkaufen — vorausgesetzt, wenn ein Liebhaber vorhanden ist. Bei einer Genossenschaft muß die Genossenschaft die Geschäftsanteile zurücknehmen, bei der „Seimat“ sollte es dem Ver- sprecher nach ebenso sein. Nun hat die „Seimat“ allerdings nir- gends das Versprechen gegeben, die Aktien selbst zurückzunehmen; aber sie verspricht, keine Wohnung ohne Aktienbeteiligung zu ver- mieten. Und hier liegt die moralische — wie weit auch eine rechtliche soll offen bleiben — Verpflichtung der Aktienübernahme. Tut das die „Seimat“ nicht, dann verwandelt sie stillschweigend die Aktien in verlorene Baukostenzuschüsse und huldigt damit einem Geschäftsgebahren, das den Mitgliedern gegenüber nicht vertretbar ist und von ihr selbst bei der Gründung der „Seimat“ abgelehnt wurde.

Wie kann das der GdA. seinen Mitgliedern gegenüber verant- worten?

#### Bezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung

Der Vorstand der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat anfangs Oktober beschlossen, die Bezugsdauer für die Arbeitslosen- unterstützung allgemein auf 20 Wochen und die für Saisonarbeiter auf 16 Wochen zu verkürzen. Dieser Beschluß wurde unter der Vor- aussetzung gefaßt, daß eine entsprechende Verlängerung der Bezugs- dauer der Arbeitslosenunterstützung angeordnet werde. Der Sinn der beiden Maßnahmen sollte sein, daß die Bezugsdauer in der Ar- beitslosenversicherung und in der Arbeitslosenunterstützung künftig nicht länger sein würde, als bisher. Leider ist die entsprechende Verordnung des Reichsarbeitsministeriums bisher noch nicht er- lassen worden. Das hat zu Zweifeln geführt, ob diese Maßnahme überhaupt angeordnet werde. Wie vor erfahren, sind diese Zweifel an der Verlängerung der Unterstüßungsdauer in der Arbeits- losenversicherung jedoch unberechtigt. Die entsprechende Verordnung wird in den nächsten Tagen erlassen werden.

#### Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungsstellen. 20. Oktober: Anna Krüger, 61 Jahre alt, Ehefrau von Ernst Krüger, Kaufmann. Beerdigung am 23. Oktober, 11 Uhr. Johannes Kähler, 67 Jahre alt, Witwer. Maurer. Beerdigung am 23. Oktober, 14 Uhr.

#### Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Auf den heutigen Langabend sei hingewiesen. (Siehe die Anzeige.)

Klabberschmann-Baum. Gertrud Baumann von hier und Hanna Klabberschmann, zwei trotz ihrer Jugend schon rühmlichst bekannt ge- wordene Künstlerinnen, werden am Dienstag, den 3. November, abends 8 Uhr, im Konzertsaal der Badischen Hochschule für Musik einen Klav- ier-Abend veranstalten, bei welchem sie nur selten oder hier noch nicht geübte Werke für zwei Klaviere zur Ausführung bringen werden. Man darf diesem sehr interessanten Abend der beiden Künstlerinnen, deren Virtuosität und reife Gehaltungsstrahl alterer Meisterwerke be- zogen sind, mit gespanntester Erwartung entgegensehen.

Botanik. Am Freitag, 23. Oktober, abends 8 Uhr, spricht im Palm- saal Dr. med. et. phil. Alfred Zienes, prakt. Arzt und Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohrenkrankheiten aus Bad-Weilbrunn, über das Thema „Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten“. Daß auf dem Gebiet der Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde während des letzten Menschenalters viel zu- viel operiert worden ist, darüber herrscht zwischen einem großen Teil der heutigen Hals-, Nasen-, Ohrenärzten, den Rinderärzten und den An- hängern der Naturheilkunde und Homöopathie weitgehend übereinstim- mung. Bei Anwendung der natürlichen, biologischen und konstitutionel- len Behandlungsmethoden lassen sich, wie schon Prof. Schwenninger vor 30 Jahren in Groß-Siegersheim nachgewiesen hat, etwa 75 v. d. H. aller operativen Eingriffe vermeiden zum Segen für die Kranken. Besonders wichtig für die Einschränkung unnötiger Operationen von Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten sind die biologischen Methoden der Professorennatur, Braun und Schwenninger, sowie von Dr. Lehmann. Der Vortragende wird an einer Reihe von Krankengeschichten keine Ausführungen noch näher erläutern und durch Lichtbilder unterstützen und vor allem auch die große Bedeutung rechtzeitiger verbührender Maßnahmen ausem- anderlegen. (Näheres siehe Anzeige.)

**Sie brauchen einen Wintermantel**  
Die neuesten Formen und Farben zu bekannten billigen Preisen  
**29,-** an  
von  
**R. Billig**  
Herr- u. Knabenkleid  
Kaiserstraße 41

**Flaschen**  
aller Art zu kaufen ge-  
eignet. Sch. um. Nr. 7836  
an d. n. Volksfreund

**Auto-Reperverab**  
berlohnen Abgeben  
genen Belohnung  
Sch. endfr. 52, 11

**Nur eine Zeitungsreklame**  
die Anspruch darauf er-  
hebt, als durchgreifend  
und erfolglicher bezeich-  
net zu werden. Jede Vor-  
aussetzung für eine ge-  
schäftlich lohnende Be-  
arbeitung großer Käufer-  
kreise in Stadt und Land  
sind bei unserem alt-  
angesehenen Organ in  
großem Maße gegeben.

**Unentbehrlich ist der Volksfreund**

**Mietervereinigung Durlach**  
Freitag abend 8 Uhr im Darmstädter  
Hof ordentliche  
**Vierteljahrs-Versammlung**  
mit Vortrag über  
Abbau der Gebäudesondersteuer u. Mietsenkung  
Referent: Herr. Abele Karlsruhe.

Zu dieser hochwichtigen Versammlung sind un-  
ser Mitglieder eingeladen. Frauen mitbringen  
Einladungsercheinung abholen! Der Vorstand

Besuchen Sie bitte das neu eröffnete Geschäft  
**Unsere Qualitäten in**  
**Kaffe und Tee** siegen!  
Bitte machen Sie einen Versuch!  
Cacao 1 Pfund **65 Pfg.**, 95 Pfg.  
Holländer 1 Pfund **1.20**

**5** Prozent Rabatt auf alle  
Marken-Artikel in bar.

**C. W. Mönkemeyer**  
Kaiserallee 31, Ecke  
Schillerstr.

**Wie hilft eigentlich eine Tasse Ovomaltine?**

Möchten Sie nicht gern wissen, wie das typische Gefühl des Erholteins nach ein paar Ovomaltine-Wochen zustande kommt? Die Ovomaltine-Wirkung ist genau berechnet und erprobt; sie beruht darauf, daß jeder Teil Ihres Körpers aus Ovomaltine neue Kraft empfängt; Kohlehydrate schaffen Vorräte an Arbeitskraft, Eiweiß erneuert verbrauchte Muskelsubstanz, Phosphor gibt dem Denken Frische, Kalk kräftigt das Knochengestüt, Minerale halten das Blut rein, Vitamine geben Ihrem Körper Grundfrische.

Ovomaltine ist sehr einfach zu bereiten. Man löst 2 bis 3 Kaffeelöffel davon in trinkwarmer Milch und zuckert nach Belieben. Auch in Kaffee oder Tee wird Ovomaltine gern genommen.

Jetzt auch eine 125 g Dose zum Preise von 1,25 Mk

Originaldosen: 500 g zu M. 4,45, 250 g zu M. 2,45, 125 g zu M. 1,25 in allen Apotheken u. Drogerien.

# Ovomaltine

= hilft mit =

Kostenlos erhalten Sie eine Probe, wenn Sie Ihre Adresse einsenden an  
Dr. A. Wander, G. m. b. H., Abt. Q 155, Osthofen (Rheinhausen).

**Schuhe zu Fabrikations-Preisen**  
kaufen Sie in allerbesten Qualität in meinen Filialen:  
**Gernsbach**, Waldbachstraße 9  
**Bühl**, Ecke Rhein- und Friedrichstraße 1833  
**Oberkirch**, Hauptstraße 38  
**Kehl**, Ecke Haupt- und Karlsruher Straße  
**J. UTH**, Schuhfabrikation, Rastatt, Grün 8  
Eigene Reparaturwerkstatt. — Annahme in allen Filialen

**Möbel-Krämer**  
Karlsruhe, Kaiserstr. 30

Es war uns wieder  
mühselig, ein schönes  
eichenes  
**Schlafzimmer**  
besonders preiswert zu  
erhalten. Das Zimmer  
ist mit Nubbaum abge-  
setzt und in modernem  
Ton gehalten. Es besteht  
aus 2 Bettstellen, 2 Nach-  
tische mit Glasplatten,  
1 Waschkommode mit  
Spiegel, 1 Schrank für  
Kleider, 1 für Wäsche  
mit Gardine und Innen-  
speise, 1erner 2 Stühle,  
1 Hardtuchhalter. Wir  
geben dieses grund-  
solide Zimmer für nur  
**445,-**

**In Jede Familie nur den Volksfreund**

